

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Herrn Dr. Günther Ernstberger nachträglich zum 60. Geburtstag und überreicht ein kleines Erinnerungspräsent. Anschließend gratuliert der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern, Frau Jutta Schödl und Herrn Ekkehard Wieprecht, nachträglich zum Geburtstag. In diesem Zusammenhang weist der Vorsitzende darauf hin, dass Herr Manfred Rott im Dezember 2013 das 20-jährige Gemeinderatsjubiläum begehen konnte und im Rahmen des Jahresabschlussessen des Gemeinderats hierfür besonders geehrt wurde.

Der Vorsitzende teilt mit, dass von der SPD-Fraktion ein Ergänzungsantrag mit Schreiben vom 15.01.2014 (Posteingang) zum Tagesordnungspunkt 10 der öffentlichen Sitzung „Seniorenkonzept für Unterföhring; Sachstand und weiteres Vorgehen“ eingegangen ist, der als Tischvorlage für die Mitglieder des Gemeinderats zur Kenntnisnahme ausliegt.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

1081 20 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderats gefassten Beschlüssen wird kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

1082 20 Beschluss: 20 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Herr Gemeinderat Kemmelmeyer bittet noch in der öffentlichen Niederschrift vom 12.12.2013 folgendes redaktionell zu ergänzen: Bei Beschluss, Nr. 1064, dass Herr Kemmelmeyer an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen hat und freiwillig seinen Sitzplatz verlassen hat. Zum Thema Klimaschutzkonzept bei Beschluss, Nr. 1077, soll mit aufgenommen werden, dass den Vorschlag für das neue Handlungsfeld „Wasser“ Herr Gemeinderat Zehetmair eingebracht hat.

Der Vorsitzende teilt mit, dass diese redaktionellen Hinweise in der öffentlichen Niederschrift vom 12.12.2013 aufgenommen werden. Auf eine erneute Zustellung des Protokolls haben die Mitglieder des Gemeinderates verzichtet.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Jahresrechnung 2012:

a) Feststellung der Jahresrechnung 2012 und Entlastung gem. Art. 102

Abs. 3 GO

b) Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2012

c) Bericht über Beteiligungen 2012

a) Feststellung der Jahresrechnung 2012 und Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Zweite Bürgermeister, Herr Thomas Weingärtner, den Vorsitz, da der Erste Bürgermeister mitteilt, dass er bei diesem Tagesordnungspunkt nicht teilnehmen werde.

Der Zweite Bürgermeister bringt den Beschluss vom 11.07.2013, Nr. G937, in Erinnerung, mit dem der Gemeinderat die Jahresrechnung 2012 zur Prüfung verwies.

Der Zweite Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern mit der Sitzungseinladung des Gemeinderats zum 11.07.2013 die Jahresrechnung 2012 zugestellt wurde.

Das Gemeinderatsmitglied, Herr Dr. Ernstberger, gibt als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses den Prüfungsbericht mit den Anregungen und Feststellungen in der Aktenvormerkung vom 28.11.2013 bekannt.

Die Jahresrechnung 2012 kann auf Grund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Gemeinderat festgestellt werden. Auf Grund des Art. 102 Abs. 3 GO erfolgt die Entlastung des Bürgermeisters nach der örtlichen Prüfung.

Der Soll-Abschluss für das Haushaltsjahr 2012 wird bekannt gegeben.

1083 19 Beschluss: 19 : 0

Der Rechnungsabschluss (Soll-Abschluss) wird vom Gemeinderat anerkannt und die Jahresrechnung 2012 wird gem. Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt auf:

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

	Verwaltungshaushalt €	Vermögenshaushalt €	Gesamthaushalt €
Soll-Einnahmen	127.709.499,50	184.560.399,66	312.269.899,16
+ neue Haushalts-Einnahmereste	0	0	0
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0	0	0
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	- 62.060,80	0	- 62.060,80
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	127.647.438,70	184.560.399,66	312.207.838,36
Soll-Ausgaben	127.646.356,87	184.560.093,26	312.206.756,53
+ neue Haushaltsausgabereste	0	0	0
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	0	0	0
./. Abgang alter Kassenausgabereste	1.081,83	0	1.081,83
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	127.647.438,70	184.560.399,66	312.207.838,36
Etwaiger Unterschied bereinigte Soll-Einnahmen ./. bereinigte Soll-Ausgaben (Fehlbetrag)	0,00	0,00	0,00

Die gesamten Kasseneinnahmereste betragen 62.060,80 €

Die gesamten Kassenausgabereste betragen 1.081,83 €

Der Stand des Vermögens nach § 76 Abs. 1 KommHV
(Forderungen) ist am 31.12.2012 52.335.000,00€

und der des Vermögens nach § 76 Abs. 2 KommHV
(Wertstoffhof, Friedhof und Abwasserbeseitigung) 13.837.730,94 €

Die Schulden betrugen am 31.12.2012 0 €

und die Rücklagen nach dem Soll-Abschluss 306.975.047,74 €

Der Gemeinderat beschließt gem. Art. 102 Abs. 3 GO die Entlastung zur
Jahresrechnung für 2012.

Der Erste Bürgermeister hat sich an dieser Abstimmung nicht beteiligt.

Der Erste Bürgermeister übernimmt nach der Beschlussfassung wieder den
Vorsitz.

b) Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2012

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern mit der
Sitzungseinladung zum Gemeinderat am 11.07.2013 mit der Jahresrechnung
2012 die Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im
Rechnungsjahr 2012 zugestellt wurde.

Die Zusammenstellung der im Laufe des Rechnungsjahres 2012 notwendig
gewordenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der Jahres-
rechnung 2012 erläutert und in der Rechnungsprüfung für das Jahr 2012
besprochen worden.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1084 20 Beschluss: 20 : 0

Die im Laufe des Rechnungsjahres 2012 erfolgten und noch nicht vom Gemeinderat beschlossenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt; deren Notwendigkeit wird anerkannt.

c) Bericht über Beteiligungen 2012

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern mit der Sitzungseinladung vom 11.07.2013 in der Jahresrechnung 2012 ein Beteiligungsbericht 2012 zugestellt wurde.

Die Gemeinde weist ortsüblich darauf hin, dass die Allgemeinheit Einsicht in den Bericht nehmen kann.

1085 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Bericht über Beteiligungen 2012 vom 10.06.2013 zustimmend zur Kenntnis.

Az.: 963
2.1; 2.2; 0.1

Haushalt 2014 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss)

- a) Gewerbesteuerhebesatz 2014
- b) Grundsteuerhebesätze A und B 2014
- c) Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort 2014
- d) Erhebung von Straßenausbaubeiträgen 2014
- e) Erhebung von Hundesteuer 2014
- f) Aufwendungs- und Kostenersatz bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr 2014
- g) Haushaltssatzung für das Jahr 2014
- h) Stellenplan für das Jahr 2014
- i) Haushaltsplan für das Jahr 2014
- j) Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2017

a) Gewerbesteuerhebesatz 2014

Der Entwurf des Verwaltungshaushalts 2014 hat die Basis von 46 Mio. € Gewerbesteueraufkommen. Unter Einbeziehung dieser Einnahmen ergibt sich eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von ca. 8,79 Mio. €. Durch den Abzug der Gewerbesteuerumlage verbleibt ein Nettosteuerlaufkommen in Höhe von ca. 36,2 Mio. €.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Gewerbesteuer fließt mit 69 v. H. in die Umlagekraft 2014.

Mit Beschluss vom 05.11.2013, Nr.G104, empfiehlt der Finanzausschuss, den Hebesatz bei der Gewerbesteuer bei 330 v. H. zu belassen.

1086 20 Beschluss: 20 : 0

Der Hebesatz bei der Gewerbesteuer wird weiterhin bei 330 v. H. belassen.

Az.: 9242
2.1

b) Grundsteuerhebesätze A und B 2014

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2014 wird die Grundsteuer A und B jeweils mit dem Hebesatz 250 v. H. veranschlagt. Der Ansatz bei der Grundsteuer A beträgt 7.800 €, bei der Grundsteuer B 2 Mio. €.

Mit Beschluss vom 05.11.2013, Nr. G105, empfiehlt der Finanzausschuss, den Hebesatz bei den Grundsteuern A und B bei 250 v. H. zu belassen.

1087 20 Beschluss: 20 : 0

Der Hebesatz bei den Grundsteuern A und B wird weiterhin bei 250 v. H. belassen.

Az.: 94241
2.1

c) Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort 2014

Das Schreiben des Landratsamtes vom 26.02.1996 (Haushaltsgenehmigung 1996 und vom 09.02.2006 – haushaltsrechtliche Behandlung 2006) wird in Erinnerung gebracht, in dem auf Art. 62 Abs. 2 GO – Rangfolge der Einnahmebeschaffung – verwiesen wurde. Art. 62 GO gibt eine verbindliche Reihenfolge der Einnahmebeschaffung vor, die keinen Ermessensspielraum bietet. Auch die Tatsache, dass eventuell höhere Steuereinnahmen (insbesondere aus der Gewerbesteuer) eingehen, rechtfertigt keinen Verzicht auf Gebühren und Beiträge. Diese sind gemäß Art. 62 Abs. 2 GO vorrangig gegenüber Steuern und insbesondere gegenüber Kreditaufnahmen zu erheben.

Eine Kreditaufnahme ist im Finanzplan bis 2017 nicht vorgesehen.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 10.01.2013, Nr. 891, in dem der Gemeinderat zuletzt für das Haushaltsjahr 2013 auf die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort weiterhin verzichtet hat.

Des Weiteren wird auf den Gemeinderatsbeschluss vom 12.10.2006, Nr. G772, verwiesen, in dem zugestimmt wurde, dass für alle Unterförhinger Kindertageseinrichtungen die Trägerschaft auf die Arbeiterwohlfahrt übertragen wird, um die vollen Fördermittel auszuschöpfen. Die entgangenen Gebühren (Elternbeiträge) werden seitdem als freiwillige Leistung der Gemeinde an die Arbeiterwohlfahrt erstattet.

Mit Beschluss vom 05.11.2013, Nr. G106, spricht der Finanzausschuss eine Empfehlung für den Gemeinderat aus, für 2014 auf die Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort weiterhin zu verzichten.

1088 20 Beschluss: 20 : 0

Auf die Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort wird in 2014 weiterhin verzichtet.

Das Defizit – entgangene Elternbeiträge – übernimmt wie in den Vorjahren die Gemeinde als freiwillige Leistung für ihre Bürger.

Az.: 423
2.1; 1.1

d) Erhebung von Straßenausbaubeiträgen 2014

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss, Nr. 241, vom 10.07.2003, in dem vom Erlass einer Satzung Abstand genommen wurde.

Mit Beschluss vom 05.11.2013, Nr. G107, empfiehlt der Finanzausschuss, von einem Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung weiterhin Abstand zu nehmen.

1089 20 Beschluss: 20 : 0

Vom Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung wird weiterhin Abstand genommen.

Az.: 9240
2.1

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

e) Erhebung von Hundesteuer 2014

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 14.12.2000, Nr. 868, in dem der Erlass der Hundesteuersatzung zum 01.01.2001 beschlossen wurde, sowie auf den Beschluss vom 19.04.2012, Nr. 760, in welchem der Gemeinderat einer Neufassung der Hundesteuersatzung, gültig ab 01.05.2012, zugestimmt hat.

Mit Beschluss vom 05.11.2013, Nr. G108, empfiehlt der Finanzausschuss, die Erhebung von Hundesteuer weiterhin gemäß derzeitiger Satzung zu vollziehen.

1090 20 Beschluss: 20 : 0

Die Erhebung von Hundesteuer ist weiterhin gemäß derzeitiger Satzung zu vollziehen.

Az.: 9243
2.1

f) Aufwendungs- und Kostenersatz bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr 2014

Nach Art. 28 Abs. 1 Satz 1 BayFWG steht es im Ermessen der Gemeinde, Aufwendungs- und Kostenersatz zu verlangen. Allerdings gelten Art. 61 und 62 GO, wonach auf eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung zu achten ist.

Der Bürgermeister verweist auf den Beschluss des Finanzausschusses vom 20.11.2006 zum Haushalt 2007, Nr. G71, in dem nach Vorliegen eines Erfahrungsberichts von der Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes abgesehen wurde.

Mit Beschluss vom 05.11.2013, Nr. G109, empfiehlt der Finanzausschuss den weiteren Verzicht auf die Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr.

1091 20 Beschluss: 20 : 0

Auf die Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr wird weiterhin verzichtet.

Az.: 930
2.1

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

g) Haushaltssatzung für das Jahr 2014

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2014 mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde.

1092 20 Beschluss: 20 : 0

Der Erlass der im Entwurf beiliegenden Haushaltssatzung 2014 wird zum 01.01.2014 beschlossen.

- siehe Beilage -

Az. 9410
2.1

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

h) Stellenplan für das Jahr 2014

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf des Stellenplanes für die Beamten und Beschäftigten als Anlage im Haushaltsplan 2014 mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde.

Der Beschluss des Finanzausschusses vom 19.11.2013, Nr. G115, wird bekannt gegeben.

1093 20 Beschluss: 20 : 0

Der beiliegende Stellenplan für die Beamten und Beschäftigten für das Jahr 2014 wird genehmigt.

-siehe Beilage-

Az.: 030/941
0.2; 2.1

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

i) Haushaltsplan für das Jahr 2014

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2014 mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde.

Die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 19.11.2013, Nr. G112 und G113, werden bekannt gegeben.

1094 20 Beschluss: 20 : 0

Verwaltungshaushalt

Der Entwurf des Verwaltungshaushalts 2014, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 75.582.381 € abschließt, wird genehmigt.

Vermögenshaushalt

Der Entwurf des Vermögenshaushalts 2014, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 71.000.850 € abschließt, wird genehmigt.

Az.: 9410

2.1

j) Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2017

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf des Finanzplanes für die Jahre 2013 bis 2017 zugestellt wurde.
Der Finanzplan wird erläutert.

1095 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat beschließt den im Entwurf vorgelegten Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2017, der jeweils in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist, mit folgenden Abschluss-Summen:

2013: 203,7 Mio. €

2014: 146,5 Mio. €

2015: 103,5 Mio. €

2016: 101,9 Mio. €

2017 93,1 Mio. €

Az.: 9430

2.1

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem gemeindeeigenen Grundstück nördlich der Autobahn A99 und westlich des Mittleren-Isar-Kanals

Der Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem gemeindeeigenen Grundstück nördlich der Autobahn A99 und westlich des Mittleren-Isar-Kanals vom 30.12.2013 bekannt. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Durch den Ausbau der Geothermie ist die Gemeinde bei der Wärmeversorgung schon sehr gut versorgt. Um auch die Stromversorgung noch deutlicher auf erneuerbare Energie umzustellen, soll die bereits schon einmal überlegte Photovoltaikanlage im Jahr 2012 endgültig realisiert werden. Die Betriebsform soll dabei einer besonderen Prüfung unterzogen werden. Nach dem im Gremium ausführlich und intensiv über die Beschlussformulierung diskutiert wurde, stimmen die Antragsteller einer geänderten Beschlussfassung zu. Der Vorsitzende lässt über folgende Beschlussformulierung abstimmen

1096 20 Beschluss: 18 : 2

Auf den gemeindeeigenen Grundstücken nördlich der Autobahn A 99, westlich des Mittleren-Isar-Kanals ist eine Prüfung des Baurechts sowie eine Wirtschaftlichkeitsberechnung (EEG-Vergütung, Flächenfestlegung etc.) aufzuzeigen, mit dem Ziel eine eigene Photovoltaikanlage zu errichten. Dabei ist in die Prüfung mit einzubeziehen, ob dies als Betrieb gewerblicher Art (BgA) oder Bestandteil der GEOVOL GmbH realisiert werden kann. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat vor Einleitung weiterer Maßnahmen vorzulegen.

Az.: 6010
3.1; 3.3; 2

Herr Dr. Ernstberger verlässt um 21.10 Uhr die Sitzung und kehrt nicht mehr zurück. Somit sind nunmehr 19 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum „Ausbau des Bildungsstandorts in Unterföhring“

Mit Schreiben vom 01.12.2013 hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Antrag bezüglich „Ausbau des Bildungsstandortes in Unterföhring“ eingereicht:

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung überprüft die Möglichkeit zur Errichtung eines kommunalen Gymnasiums gem. Abschnitt 111 des BaySchFG. Die Prüfung soll folgende Aspekte umfassen:

1. Bedarf aufgrund einer aktuellen Erhebung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Einzugsgebietes außerhalb der Gemeinde, einschließlich der Landeshauptstadt München.
2. Bau- und Unterhaltskosten einschließlich der zu erwartenden Zuschüsse von dritter Seite sowie der staatlichen Förderzuschüsse.
3. Sonstiger Schulaufwand unter Berücksichtigung möglicher Zuschüsse einschließlich der Gastschulbeiträge gem. Art 19 BaySchFG. Die Zusatzbeiträge für Gymnasien gem. Art. 19. Abs. 2 BaySchulFG sind gesondert auszuweisen.
4. Personalbedarf und Personalaufwand ausschließlich auf Grundlage des TVöD unter Berücksichtigung der staatlichen Personalkostenzuschüsse für Gymnasien gem. Art. 17 BaySchFG.
5. Zeitplan für Planung und Errichtung des kommunalen Gymnasiums

Begründung:

Durch Kreistagsbeschluss wurde die Errichtung eines staatlichen Gymnasiums abgelehnt. Trotz der vorgesehenen Errichtung eines staatlichen Gymnasiums stimmen Landkreis und Gemeinde über ein, dass der Bedarf für ein Gymnasium in Unterföhring besteht. Das Angebot einer weiterführenden Schule schließt eine Lücke des ansonsten hervorragend ausgebauten Bildungsstandorts Unterföhring. Da der Bedarf zeitnah gedeckt werden muss und kurzfristig nicht zu erwarten ist, dass ein weiteres staatliches Gymnasium seitens des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kunst genehmigt wird, bleibt als mögliche Lösung des Problems die Errichtung eines kommunalen Gymnasiums.

Zu 1.: Hierdurch soll die zu erwartende Schülerzahl ermittelt werden

Zu 2.: Die Gemeinde Unterföhring hat für die Errichtung eines Gymnasiums bereits ein Grundstück vorgesehen. Ausgehend von diesem Grundstück soll die entsprechenden Erschließungs-, Bau- und Bauunterhaltskosten ermittelt werden unter Berücksichtigung staatlicher Zuschüsse (z. B. Schulbauprogramm) und anderer Zuschüsse

Zu 4.: Um Folgekosten (z. B. Pensionslasten, Beihilfe) zu vermeiden, soll die Prüfung unter der Prämisse erfolgen, dass alle Lehrer als Tarifbeschäftigte nach TvöD beschäftigt werden. Dies trägt dem Gebot zur ökonomischen Haushaltsführung Rechnung. Die staatlichen Personalkostenzuschüsse bei Gymnasien decken 61 % der entstehenden Personalkosten.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Bürgermeister verliest das Schreiben vom 09.01.2014 (Eingang bei der Gemeinde 14.01.2014) des Landratsamtes München, einschließlich des Anlageschreibens vom 16.12.2013 des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

1097 19 Beschluss: 6 : 13

Die Verwaltung überprüft die Möglichkeit zur Errichtung eines kommunalen Gymnasiums gem. Abschnitt 111 des BaySchFG. Die Prüfung soll folgende Aspekte umfassen:

1. Bedarf aufgrund einer aktuellen Erhebung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Einzugsgebietes außerhalb der Gemeinde, einschließlich der Landeshauptstadt München.
2. Bau- und Unterhaltskosten einschließlich der zu erwartenden Zuschüsse von dritter Seite sowie der staatlichen Förderzuschüsse.
3. Sonstiger Schulaufwand unter Berücksichtigung möglicher Zuschüsse einschließlich der Gastschulbeiträge gem. Art 19 BaySchFG. Die Zusatzbeiträge für Gymnasien gem. Art. 19. Abs. 2 BaySchFG sind gesondert auszuweisen.
4. Personalbedarf und Personalaufwand ausschließlich auf Grundlage des TVöD unter Berücksichtigung der der staatlichen Personalkostenzuschüsse für Gymnasien gem. Art. 17 BaySchFG.
5. Zeitplan für Planung und Errichtung des kommunalen Gymnasiums

Nachdem dieser Antrag keine Mehrheit findet, ist er abgelehnt.

Az.: 2000

1; 0; 2

Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Klimaschutzkonzept im Landkreis München

Mit Schreiben vom 10.12.2013 hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Ergänzungsantrag zum Vollzug des Klimaschutzkonzeptes in Unterföhring eingereicht:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Maßnahmen werden durch folgende in den Foren eingebrachte Ideen ergänzt:

- a. Falls lokale Windkraftanlagen und/oder Photovoltaikanlagen auf Unterföhringer Grund nicht sinnvoll wären, sollte alternativ geprüft werden, ob aus den großen Rücklagen der Gemeinde entsprechende Finanzbeteiligungen in überregionale Projekte getätigt werden könnten. Beispiele dazu gibt es in unserer direkten Nachbarschaft:
 1. München: Beteiligung an Windparks in Norddeutschland/ Nordsee oder

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Solarenergieanlagen in Spanien.

2. Ismaning: Beteiligung an Wasserkraftwerken.

- b. Es sollte mit den Stadtwerken München geprüft und verhandelt werden, ob nicht schon vor Ablauf der Zweckvereinbarung (2020) die Übernahme des SWM-Fernwärmenetzes durch die GEOVOL-Geothermie (Steckbrief 3.4) wenigstens in Teilen erfolgen kann.
- c. Die Einrichtung eines permanenten Bürgerforums für Klimaschutz/Energiewende (wie z.B. in Gräfelfing) unter der Leitung der Verwaltung sollte Teil der Öffentlichkeitsarbeit sein.

Begründung:

Unterföhring hat sich 2007 – wie die meisten anderen Kommunen des Landkreises – der –Energie-Vision des Landkreises München angeschlossen. Diese Vision hat zum Ziel, bis zum Jahr 2050 den Energieverbrauch im Landkreis München um 60 % des heutigen Energieverbrauchs zu reduzieren. Die verbleibenden 40 % Energieverbrauch sollen ab diesem Zeitpunkt vollständig durch regenerative Energie abgedeckt werden.

Leider hat der Energieverbrauch seither nicht ab-, sondern zugenommen, damit auch der schädliche CO₂-Ausstoß. Auch die Ergebnisse des Koalitionsvertrages auf Bundesebene lassen befürchten, dass beim Klimaschutz und bei der Energiewende Deutschland seine einstige Vorreiterrolle verlieren wird. Umso mehr sind wir Kommunen gefordert, Klimaschutz/Energiewende weiterhin als Chefsache zu betrachten und gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern, unseren Wirtschaftsbetrieben und Nachbargemeinden aktiv an dezentralen Lösungen zu arbeiten.

Finanzielle Beteiligungen in neue Projekte und/oder bestehende Anlagen für erneuerbare Energien außerhalb unserer Region (einschließlich Ausland) könnten außerdem erheblich höhere Renditen erwirtschaften als es die derzeitigen minimalen Zinserlöse unserer Rücklagen tun.“

Der Antrag vom 10.12.2013 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass überwiegende Teile dieses Antrages bereits in der öffentlichen Sitzung am 12.12.2013 durch Gemeinderatsbeschlüsse zum Klimaschutzkonzept der Gemeinde Unterföhring entschieden wurden.

Nach ausführlicher Darlegung der einzelnen Sichtweisen zu diesem Antrag wurde von Herrn Gemeinderat Rott ein Antrag auf Nichtbefassung gemäß § 22 Ziffer 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014 gestellt.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende lässt über den Antrag auf Nichtbefassung des Tagesordnungspunktes „Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum „Klimaschutzkonzept im Landkreis München; Vollzug der vorgeschlagenen Maßnahmen“ abstimmen.

1098 19 Beschluss: 13 : 6

Dem Antrag auf Nichtbefassung des Tagesordnungspunktes „Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Klimaschutzkonzept im Landkreis München; Vollzug der vorgeschlagenen Maßnahmen“ gemäß § 22 Ziffer 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014 wird zugestimmt.

Az.: 1711
3.1; 3.3; 2.0

Herr Mecke und Herr Rott
verlassen um 21.35 Uhr den
Sitzungssaal.

Antrag von der Firma KIESA Quetschwerk GmbH & Co. Betriebs-KG zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des KIESA-Geländes (Bebauungsplanung, Erschließung und Aktualisierung des Flächennutzungsplanes sowie Abschluss eines städtebaulichen Vertrages; Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)

Durch die Firma KIESA Quetschwerk GmbH & Co. Betriebs-KG, Unterföhring, wird mit Schreiben vom 25.11.2013 beantragt, die bisher im rechtskräftigen Flächennutzungsplan vorgesehene Nutzung der Flächen zwischen S-Bahn und Münchner Straße sowie Neubuchstraße und Mittelfeldallee, das sogenannte KIESA-Gelände von Gewerbe- (GE) in Mischgebiet (MI), umzuwandeln. Die bereits als Mischgebiet vorgesehene Fläche an der Münchner Straße behält ihre vorgesehene Nutzung.

Ein städtebaulicher Vertrag, welcher die Themen Bauleitplanung, Erschließung und Aktualisierung des Rahmenplanes durch einen Architektenworkshop beinhaltet, soll erstellt werden. Der Vertrag soll durch die Rechtsberater der Gemeinde entworfen und mit dem Grundstückseigentümer abgestimmt werden. Die Kosten für die Erstellung des Städtebaulichen Vertrages übernimmt der Grundstückseigentümer.

Das Schreiben der KIESA Quetschwerk GmbH & Co. Betriebs-KG vom 25.11.2013 wird bekannt gegeben.

Auf den Beschluss des Gemeinderates vom 14.11.2013 zum Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zur Festsetzung der Gebietskategorie des KIESA-Geländes von derzeit Gewerbegebiet in Mischgebiet wird hingewiesen.

Der Bürgermeister erläutert, dass das KIESA-Gelände Fl.Nrn. 179, 179/6, 179/7 und 179/8 mit einer Fläche von 104.651 m² im derzeit gültigen

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet (97.579 m²) und Mischgebiet (7.072 m²) ausgewiesen ist. Eine Teilfläche zwischen Neubruchstraße und Mitterfeldallee mit einer Tiefe von 58 m an der Münchner Straße befindet sich im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes 36/87 Teilfläche östlich der Münchner Straße, nördlich der Moosstraße, im Bereich der Siedlerstraße und des Gewerbegebiet Überland, und ist im südlichen Bereich (7.355 m²) als Mischgebiet und nördlichen Bereich (2.197 m²) als Gewerbegebiet ausgewiesen. Auf der nördlichen Teilfläche des Mischgebietes (2.793 m²) ist Wohnnutzung zulässig.

Der Antrag wurde in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 17.12.2013 behandelt und dem Gemeinderat mit Beschluss Nr. 463, folgendes empfohlen:

Der Gemeinderatsbeschluss vom 14.11.2013, Nr. 1049, (KIESA-Gewerbegebiet gesamt als Mischgebiet) bleibt aufrecht erhalten.

Ein Städtebaulicher Vertrag, welcher die Themen Bebauungsplanung, Erschließung und Aktualisierung des Flächennutzungsplanes durch einen Architektenworkshop beinhaltet, soll erstellt werden.

Der städtebauliche Vertrag wird durch die Rechtsberater der Gemeinde entworfen und mit dem Grundstückseigentümer abgestimmt. Die Kosten für die Erstellung des Städtebaulichen Vertrags übernimmt der Grundstückseigentümer.

1099 16 Beschluss: 16 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 17.12.2013, Nr. 463, vollinhaltlich an. Der Gemeinderatsbeschluss vom 14.11.2013, Nr. 1049, (KIESA-Gewerbegebiet gesamt als Mischgebiet) bleibt aufrecht erhalten.

Ein städtebaulicher Vertrag, welcher die Themen Bebauungsplanung, Erschließung und Aktualisierung des Flächennutzungsplanes durch einen Architektenworkshop beinhaltet, soll erstellt werden.

Der städtebauliche Vertrag wird durch die Rechtsberater der Gemeinde entworfen und mit dem Grundstückseigentümer abgestimmt. Die Kosten für die Erstellung des Städtebaulichen Vertrags übernimmt der Grundstückseigentümer.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Kimmelmeyer hat sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Az. 6100/6102
3.1; 0

Herr Mecke und Herr Rott
kehren um 21.39 Uhr in den
Sitzungssaal zurück.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Öffentlicher Personennahverkehr; Umsetzung des Nahverkehrsplanes 2014/2015 - Buslinien 232, 233, 234, 235 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)

Mit dem Nahverkehrsplan für den Landkreis München sind ab Dezember 2014 verschiedene Änderungen im Bereich des ÖPNV in Unterföhring vorgesehen. Neben der Neuausschreibung der Fahrdienstleistungen auf der Linie 232 und Anpassungen in der Linienführung der Ortsbuslinie ist insbesondere die Einführung der neuen Buslinien 234 und 235 ab Dezember 2015 geplant.

Mit Beschluss vom 11.07.2013, Nr. 1012, hat der Gemeinderat die grundsätzliche Zustimmung zum erarbeiteten Nahverkehrsplan erteilt.

Für die abschließende Vorbereitung durch die Gremien des Landkreises hat die Gemeinde Unterföhring die Gelegenheit erhalten, die einzelnen Maßnahmen erneut zu prüfen und hierzu ggf. geänderte Stellung zu nehmen. Die Verwaltung hat die Planungen, die von dem am 11.07.2013 gefassten Beschluss abweichen, zusammen mit dem MVV und dem Landratsamt München bei einem gemeinsamen Termin auch im Hinblick auf den künftigen Einsatz von alternativen Antriebstechnologien der Linienfahrzeuge- erörtert.

Für die Fahrplanaufstellung zum Dezember 2014 hinsichtlich der Linien 232 und 233 sowie für die im Januar 2014 vom Kreisausschuss festzulegenden Rahmenbedingungen zur Ausschreibung der neuen Linien 234 und 235 liegen folgende, vom Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss in seiner Sitzung am 17.12.2013 bereits vorberatene, Vorschläge des Landratsamtes Münchens vor:

für die Buslinie 232:

Linienführung neu:

- Die Blumenstraße wird künftig beidseitig befahren, d. h. die Haltestelle Nelkenstraße wird auch bei der Fahrt Richtung Norden bedient. Hierzu ist eine weitere Haltestelle einzurichten. Die Verwaltung befürwortet diese Änderung, da hiermit eine einheitliche Linienführung mit einer zusätzlichen Ein- und Ausstiegsmöglichkeit geschaffen wird. Die Bedienung der Nordschleife erfolgt dann ausschließlich über die Blumenstraße. Der bisherige Beschluss des Gemeinderates vom 11.07.2013, Nr. 1012, müsste entsprechend korrigiert bzw. aufgehoben werden.
- Bei der neuen Linienführung ergibt sich -aufgrund der Bedienung der Nelkenstraße in Fahrtrichtung Nord- die Notwendigkeit einer Verlagerung der Haltestelle Ahornstraße an der Münchner Straße. Der bisherige Standort auf Höhe der Gaststätte „Neuwirt“ müsste in nördliche Richtung nach der Einmündung der Ahornstraße verlegt werden.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ein geeigneter Standort befindet sich auf Höhe Hausnr.120 der Münchner Straße.

Ausstattung und Beschaffenheit der Linienfahrzeuge:

Der neue Ausschreibungszeitraum für die Linie 232 ist von Dezember 2014 bis Dezember 2019 vorgesehen. Grund für diesen kurzen Zeitraum ist die Schaffung eines Linienbündels aus den Linien 231 und 232, das im Jahr 2019 neu ausgeschrieben werden soll. Aufgrund dieses verkürzten Ausschreibungszeitraums sind Anforderungen bezüglich der Beschaffenheit der Linienfahrzeuge nur bedingt wirtschaftlich umsetzbar.

- Der Einsatz von Elektrofahrzeugen ist für die Linie 232 bei der derzeit fehlenden Linientauglichkeit der Technologie nicht umsetzbar. Zwar werden an einzelnen Standorten bereits Testfahrzeuge eingesetzt, z. B. neuerdings auch im Bereich des MVG. Ein genereller Einsatz ist jedoch auch hier derzeit aufgrund der damit verbundenen Kosten (insbesondere Schaffung der notwendigen technischen Infrastruktur) nicht vorgesehen. Auf die Stellungnahme des Landratsamtes vom 05.12.2013 wird verwiesen. Demnach empfiehlt die Verbundgesellschaft, aufgrund der im MVV-Regional-busverkehr vorhandenen Unternehmens- Organisationsstruktur und der mit der Elektromobilität im Busverkehr verbundenen hohen zusätzlichen Finanzierungserforderlichkeit mit dem Einsatz von Elektrobussen abzuwarten, bis sich auf Basis der laufenden Pilotprojekte die Serientauglichkeit der Fahrzeuge herausgestellt hat und sich einheitliche Standards für Fahrzeuge und Ladeinfrastruktur herausgebildet haben. Nach derzeitigem Stand ist mit einem Investitionsvolumen von ca. 1 Mio. € pro Linien-km zu rechnen. Auf der Linie 232 beträgt ein Linienumlauf derzeit ca. 10,8 km.
- Um den vom Gemeinderat beschlossenen Grundgedanken eines geräusch- und immissionsarmen Betriebes der Linie weiter zu verfolgen, ist mit dem MVV und dem Landratsamt München bereits geklärt, dass zum einen nur neue -und somit auf dem neuesten Stand der Technologie befindliche- Fahrzeuge auf der Linie 232 zum Einsatz kommen sollen. Dieses Kriterium soll in die Ausschreibung für den Zeitraum 2014 – 2019 aufgenommen werden. Zum anderen ist es denkbar, die Linie 232 Zug um Zug mit Bussen auszustatten, die die moderne und bereits serienreife Hybrid-Technologie nutzen. Die Kostenübernahme für die Anschaffung dieser Fahrzeuge müsste jedoch durch die Gemeinde Unterföhring erfolgen. Denkbar wäre hier ein Testbetrieb für den Zeitraum 2014-2019 mit einem Fahrzeug dieser Bauart. Insbesondere für den vorgesehenen sonntäglichen Linienverkehr könnten so die geplanten Immissionsreduzierungen zeitnah realisiert werden. Die Testphase könnte darüber hinaus genutzt werden, um für den anschließenden Ausschreibungszeitraum ab 2019 die Umstellung auf die Elektrotechnologie weiter zu prüfen.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Künftig sollen auf allen Linien grundsätzlich keine Midi-Busse (10-m-Busse) mehr zum Einsatz kommen. Folgende Aspekte werden hierzu angeführt:
 - Standardbusse (12-m-Busse) werden bereits jetzt bei Ausfällen der Midi-Busse erfolgreich im Ersatzbetrieb eingesetzt
 - die technische Anfälligkeit der Midi-Busse ist überdurchschnittlich hoch (viele Ausfallzeiten, hohe Geräuschentwicklung)
 - es gibt nur wenige Anbieter für Midi-Busse (Anbieter-Wechsel zur Vermeidung der technischen Ausfälle nicht möglich)
 - moderne Antriebstechnologien (z. B. Hybridantrieb) sind für Midi-Busse nicht serienmäßig verfügbar

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mit Beschluss vom 17.12.2013 hierzu die Linienführung der Linie 232 unverändert zu belassen und somit den Beschluss des Gemeinderates vom 11.07.2013, Nr. 1012, aufrecht zu erhalten.

Der Einsatz von Standardbussen (12-m-Busse) wird befürwortet.

Zur Optimierung des Immissionsausstoßes sowie zur Einführung bzw. Vorbereitung auf alternative Antriebstechnologien auf der Ortsbuslinie 232 soll bei der anstehenden Neuausschreibung der Einsatz von Neufahrzeugen als Kriterium aufgenommen werden. Zudem soll die Anschaffung und der Einsatz eines Hybrid- oder Elektrofahrzeuges geprüft werden. Insbesondere sind die hierfür zu erwartenden Kosten zu ermitteln.

Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden zur Verfügung gestellt.

1100 19 Beschluss: 19 : 0

Die Linienführung der Linie 232 (Ortsbuslinie) muss unverändert bleiben. Der Beschluss des Gemeinderates vom 11.07.2013, Nr. 1012, bleibt aufrecht erhalten.

Der Einsatz von Standardbussen (12-m-Busse) wird befürwortet.

Zur Optimierung des Immissionsausstoßes sowie zur Einführung bzw. Vorbereitung auf alternative Antriebstechnologien auf der Ortsbuslinie 232 soll bei der anstehenden Neuausschreibung der Einsatz von Neufahrzeugen als Kriterium aufgenommen werden. Zudem soll die Anschaffung und der Einsatz von Hybrid- oder Elektrobussen geprüft werden. Insbesondere sind die hierfür zu erwartenden Kosten zu ermitteln.

Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden zur Verfügung gestellt.

Az.: 8510
1; 2; 3

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Anpassungen für die Buslinie 233 im Hinblick auf die Festlegungen für die Ausschreibungen ab Dezember 2015:

Die Buslinie 233 endet nach Zufahrt über die Medienallee derzeit am S-Bahnhof Unterföhring.

Aufgrund der neuen Linien 234 und 235, die ebenfalls via Medienallee am S-Bahnhof Unterföhring ab Betriebsbeginn Dezember 2015 enden sollen, entsteht ein räumlicher Engpass im Bereich des S-Bahnhofs und der dort zur Verfügung stehenden Halte- und Wendemöglichkeiten im Bereich der Medienallee.

Der MVV bzw. das Landratsamt München sehen hier verschiedene Lösungsansätze, um alle Linien inkl. etwaiger Standzeiten am S-Bahnhof enden zu lassen.

Variante 1: öffnen der Polleranlage

Bei dieser Lösung könnten die Busse den im westlichen Bereich des S-Bahnhofs befindlichen „Busbahnhof“ zum Halt und zur Umkehr nutzen.

Variante 2: Errichtung einer weiteren Haltestelle an der Südseite der Medienallee

Bei dieser Lösung würde eine zweite Haltestelle inkl. Haltebucht errichtet werden, in der die Busse der Linien 234 und/oder 235 (ab Dezember 2015) zusätzlich ihre Standzeiten einbringen könnten, ohne den fließenden Verkehr im Bereich der Medienallee zu behindern.

Die Linie 233 könnte dann an der Haltestelle Rivastraße enden.

Für die geänderte Linienführung der Buslinie 233 am Samstag, bei der der Bus 233 von der Dieselstraße direkt in die Medienallee einbiegt (keine Anfahrt Haltestelle Rivastraße) und Richtung S-Bahnhof fährt, kann als Endhaltepunkt der S-Bahnhof eingerichtet werden, da die Linien 234 und 235 nur montags bis freitags verkehren sollen.

Für die weitere Haltestelle an der Medienallee (Südseite) müssten die dort befindlichen Taxi-Stellplätze entfallen.

Hinsichtlich der Variante 1 und der Öffnung der Polleranlage bringt der Erste Bürgermeister den Beschluss des Gemeinderats vom 11.07.2013, Nr. 1012, nochmals in Erinnerung, mit dem eine Öffnung der Polleranlage ausgeschlossen wurde.

Die Verwaltung schlägt daher die Umsetzung der Variante 2 vor.

Die bisher getroffenen Regelungen zur Nutzung der Polleranlage am S-Bahnhof könnten bestehen bleiben.

Die baulichen Anpassungen zur Einrichtung einer weiteren Haltestelle an der Medienallee (Südseite) sind bis zur Einführung der Linien 234 und 235 im Dezember 2015 mit überschaubarem Aufwand realisierbar und führen ebenfalls zum vorgesehenen Ziel.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Aufhebung der Taxistände ist aufgrund der erfahrungsgemäß geringen Nutzung vertretbar.

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mit Beschluss vom 17.12.2013 hierzu:

Für die Optimierung der Endhaltestellen am S-Bahnhof mit Anfahrt über die Medienallee wird eine weitere Haltestelle für die Buslinien 233 (samstags) sowie der im Dezember 2015 beginnenden Linien 234 und 235 im Bereich der Medienallee (Südseite) eingerichtet. Die dort vorhandenen (zwei-) Taxi-Stellplätze werden aufgehoben.

Die Haltestelle Rivastraße wird als Endhaltestelle für die Buslinie 233 (montags bis freitags) eingerichtet.

Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sind für die Umsetzung im Haushalt 2015 einzuplanen.

Dem Landratsamt München ist diese Entscheidung zur Vorbereitung und Durchführung der anstehenden Ausschreibungen entsprechend mitzuteilen.

1101 19 Beschluss: 19 : 0

Für die Optimierung der Endhaltestellen am S-Bahnhof mit Anfahrt über die Medienallee wird eine weitere Haltestelle für die Buslinien 233 (samstags) sowie der im Dezember 2015 beginnenden Linien 234 und 235 im Bereich der Medienallee (Südseite) eingerichtet. Die dort vorhandenen (zwei-) Taxi-Stellplätze werden aufgehoben.

Die Haltestelle Rivastraße wird als künftige Endhaltestelle (bisher S-Bahnhof) für die Buslinie 233 (montags bis freitags) eingerichtet.

Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sind für die Umsetzung im Haushalt 2015 einzuplanen.

Dem Landratsamt München ist diese Entscheidung zur Vorbereitung und Durchführung der anstehenden Ausschreibungen entsprechend mitzuteilen.

Az.: 8510

1; 2; 3

Festlegungen für die Ausschreibung der Buslinie 234:

Mit Beschluss vom 11.07.2013, Nr. 1012, hat der Gemeinderat der Einführung der Linie 234 bereits zugestimmt. Mit dieser Linie soll die Messestadt Riem ab Dezember 2015 mit dem Gemeindegebiet Unterföhring verbunden werden.

Bei der Umsetzung der Linienführung sind noch die Haltestellen im Bereich Unterföhring festzulegen.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mit Beschluss vom 17.12.2013 folgende Linienführung:

Hinfahrt:

- „Etzweg“
- „Heinrich-Hildebrand-Weg“
- „ZDF-Straße“
- „S-Bahnhof Unterföhring“

Rückfahrt:

- „S-Bahnhof Unterföhring“
- „Gutenbergstraße“
- „ZDF-Straße“
- „Heinrich-Hildebrand-Weg“
- „Etzweg“

Die notwendigen neuen Haltestellen „Heinrich-Hildebrand-Weg“ (beidseitig) und „ZDF-Straße“ Richtung S-Bahnhof Unterföhring sind einzurichten.

Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sind für den Haushalt 2015 entsprechend einzuplanen.

Dem Landratsamt München ist diese Zustimmung zur Vorbereitung und Durchführung der anstehenden Ausschreibungen entsprechend mitzuteilen.

1102 19 Beschluss: 19 : 0

Der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses wird gefolgt und daher folgendes beschlossen:

Die Linienführung der Buslinie 234 soll im Gemeindegebiet Unterföhring wie folgt festgelegt werden:

Hinfahrt:

- „Etzweg“
- „Heinrich-Hildebrand-Weg“
- „ZDF-Straße“
- „S-Bahnhof Unterföhring“

Rückfahrt:

- „S-Bahnhof Unterföhring“
- „Gutenbergstraße“
- „ZDF-Straße“
- „Heinrich-Hildebrand-Weg“
- „Etzweg“

Die notwendigen neuen Haltestellen „Heinrich-Hildebrand-Weg“ (beidseitig) und „ZDF-Straße“ Richtung S-Bahnhof Unterföhring sind einzurichten.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Für die Optimierung der Endhaltestellen am S-Bahnhof wird eine weitere Haltestelle für die Buslinien 234 und 235 (ab 2015 beginnenden) im Bereich der Medienallee (Südseite) eingerichtet. Die dort vorhandenen zwei Taxi-Stellplätze werden aufgehoben.

Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sind für den Haushalt 2015 entsprechend einzuplanen.

Dem Landratsamt München ist diese Zustimmung zur Vorbereitung und Durchführung der anstehenden Ausschreibungen entsprechend mitzuteilen.

Az.: 8510
1; 2; 3

Festlegungen für die Ausschreibung der Buslinie 235:

Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 11.07.2013, Nr. 1012, die Prüfung der Einführung der Linie 235 beauftragt, die ab Dezember 2015 bedient werden soll.

Der mit dem Prüfauftrag zur Linie 235 verbundene Aspekt, die Haltestellen-Situation am S-Bahnhof Unterföhring zu untersuchen, ist mit dem vorgeschlagenen Haltestellenkonzept erfolgt; mit der Einrichtung einer weiteren Haltestelle in der Medienallee (Südseite) für die Linie 235 kann die beengte Situation im Bereich der Medienallee entsprechend -ohne Änderung der Regelungen zur Polleranlage- optimiert werden.

Für die vorgeschlagene Linienführung der Buslinie 235 sind keine weiteren Maßnahmen bei der Haltestelleninfrastruktur erforderlich, da die bestehenden Einrichtungen anderer Linienführungen genutzt werden können.

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mit Beschluss vom 17.12.2013 folgende Linienführung:

Hinfahrt:

- „St. Emmeram“
- „Feringastrasse“
- „Siedlerstrasse“
- „Mitterfeldallee“
- „Dieselstrasse“
- „Medienallee“
- „S-Bahnhof Unterföhring“

Rückfahrt:

- „S-Bahnhof Unterföhring“
- „Gutenbergstrasse“
- „Medienallee“
- „Dieselstrasse“

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- „Mitterfeldallee“
- „Siedlerstraße“
- „Feringastrasse“
- „St. Emmeram“

Die Haltestellen Mitterfeldallee werden zum Betriebsbeginn eingerichtet.

Dem Landratsamt München ist diese Zustimmung zur Einführung der Linie 235 und der festgelegten Linienführung für die Vorbereitung und Durchführung der anstehenden Ausschreibungen entsprechend mitzuteilen.

1103 19 Beschluss: 19 : 0

Der Einführung der Linie 235 wird mit folgendem Linienweg zugestimmt:

Hinfahrt:

- „St. Emmeram“
- „Feringastrasse“
- „Siedlerstraße“
- „Mitterfeldallee“ (Höhe Straßäckerallee)
- „Dieselstraße“
- „Medienallee“
- „S-Bahnhof Unterföhring“

Rückfahrt:

- „S-Bahnhof Unterföhring“
- „Gutenbergstraße“
- „Medienallee“
- „Dieselstraße“
- „Mitterfeldallee“ (Höhe Straßäckerallee)
- „Siedlerstraße“
- „Feringastrasse“
- „St. Emmeram“

Die Haltestellen Mitterfeldallee (beidseitig höhe Einmündung Straßäcker-
allee) werden zum Betriebsbeginn eingerichtet.

Für die Optimierung der Endhaltestellen am S-Bahnhof wird eine weitere Hal-
testelle für die Buslinien 234 und 235 (ab 2015 beginnenden) im Bereich der
Medienallee (Südseite) eingerichtet. Die dort vorhandenen zwei Taxi-
Stellplätze werden aufgehoben.

Dem Landratsamt München ist diese Zustimmung zur Einführung der Linie
235 und der festgelegten Linienführung für die Vorbereitung und
Durchführung der anstehenden Ausschreibungen entsprechend mitzuteilen.

Az.: 8510

1; 2; 3

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Seniorenkonzept für Unterföhring; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister erläutert den derzeitigen Sachstand und bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 13.09.2012, Nr. 831, in Erinnerung. In diesem Beschluss begrüßte der Gemeinderat das aktuelle Seniorenkonzept von Frau Tschainer vom 15.06.2012 und sprach sich für Eckpunkte bezüglich des Umbaus des ehemaligen Gocklwirtes für Angebote im Seniorenbereich aus. Dieses Konzept sollte folgendes berücksichtigen:

Erdgeschoss:

- Tagespflege mit Freigelände / Garten
- Räumlichkeiten für niedrigschwellige Angebote
- Büro für Fachdienstleitung Seniorenberatung
- Räume der Seniorenberatungsstelle (bisher St.- Valentin-Hof)
- Gemeinschafts-Räumlichkeiten für Mittagstisch, Senioren-Café, Alzheimer-Aktivgruppe etc.
- Nach Möglichkeit mit (angeschlossener) Metzgerei/ Catering o. ä. in den vorhandenen Metzgerei-Räumen
- Räumlichkeiten im Sinne eines „Zentrums der Generationen“

1. Etage:

- Ambulant betreute Wohngemeinschaft mit max. 12 Einzelzimmern und Gemeinschaftsräumen (u. a. große Wohn-Küche und kleineres Wohnzimmer)
- Büro für Seniorenbeauftragten usw.

2. Etage:

- aktuell: schwellenfreie Appartements für Mitarbeiter (nicht im Hause tätig) oder Senioren (1,5 bis 2 Zimmerwohnungen schwellenfrei)
- Option Konzept Frau Tschainer: Umgestaltung zu weiterer ambulant betreuter Wohngemeinschaft mit max. 12 Einzelzimmern

Dachgeschoss:

- Hausmeisterwohnung
- eventuell Seniorenabteilung

Die Verwaltung wurde beauftragt, einen Entwurf unter Berücksichtigung der vorgenannten Eckpunkte vorzulegen, welcher im ehemaligen Gocklwirt umgesetzt werden soll. Das erarbeitete Ergebnis ist den Gremien erneut vorzulegen.

Durch die Abteilungsleitung Senioren, Frau Nejedly, wurde das Konzept dahingehend fachlich aufbereitet, ob dieses Konzept den Anliegen und Bedürfnissen der Gemeinde Unterföhring noch entspricht.

Bei dieser Überprüfung haben sich neue Gesichtspunkte ergeben, so dass die bisherigen Eckpunkte in Teilbereichen anzupassen bzw. zu aktualisieren sind.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Frau Nejedly erläutert dem Gemeinderat in der Fraktionsvorunterrichtung am 13.01.2014 das überarbeitete Seniorenkonzept und beantwortet die Fragen des Gremiums.

Als Ergebnis des überarbeiteten Seniorenkonzeptes soll ein Begegnungsort mit den Elementen Tagespflege, seniorengerechte bzw. schwellenfreie Wohnungen, Seniorenberatung und -bereich allgemein entstehen. Ein Ausbau weiterer Angebote im Seniorenbereich, niedragschwellig, tagesstrukturierend sowie generationenübergreifend, wird angestrebt.

Die 1 ½ bis 2-Zi.-Wohnungen sollen u. a. für Senioren und behinderte Menschen geschaffen werden. Ein möglichst hohes Maß an Selbständigkeit soll erhalten bleiben. Zu dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ soll in Unterföhring eine weitere Verbindung geschaffen werden. Die Wohnungen sind mit einer Hausnotrufsystem-Anlage, die Zugänge zu den Wohnungen sind schwellen- und barrierefrei, ebenso die Bäder mit bodengleichen Duschen auszustatten.

Neben der Zusammenarbeit mit dem ambulanten Pflegedienst, der Seniorenberatung, dem Seniorenzentrum Unterföhring und weiterer Helferkreise der Seniorenarbeit in Unterföhring (z. B. NBH, AWO, FSD, Feringahaus) stützt sich der Kerngedanke an den weiteren Ausbau des „ambulant vor stationär“.

Für das künftige Seniorenkonzept sind folgende Nutzungen bei der Planung und Realisierung zu berücksichtigen:

Erdgeschoss:

Tagespflege mit Freigelände/ Garten (tägliche tagesstrukturierende Betreuung)

Besprechungszimmer für Beratungen

Evtl. Seniorencafé und/ oder ein Raum für Beratung und niederschwellige Angebote im Seniorenbereich

1. Etage und 2. Etage:

Insgesamt ca. 15 (planungsbedingt) 1 ½ bis 2-Zimmer-Wohnungen (ca. 45 m² bis 55 m²) wie oben beschrieben, mit jeweils kleinem Kochbereich, Sanitärbereich mit Dusche;

Gemeinsamer Aufenthaltsbereich/raum (Teeküche) in der 1. Etage

Büroräume (für Abteilungsleitung und die Mitarbeiterinnen der Seniorenberatung) und evtl. einen Raum für Senioren- und Behindertenbeauftragten jeweils in der 1. Etage

Dachgeschoss:

Appartements für MitarbeiterInnen, z. B. für Kita-Einrichtungen, Mitarbeiter der Altenpflege (Unterföhring und Ismaning) oder Gemeindebeschäftigte. Evtl. einen Raum für Senioren- und Behindertenbeauftragten und Büros der Abt. Senioren.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Raum für den zukünftigen Seniorenbeirat
Hausmeisterwohnung

Der Vorsitzende weist auf den Ergänzungsantrag vom 15.01.2014 der SPD-Fraktion hin, der ein Interessensbekundungsverfahren zum Inhalt hat. Dieser Antrag wird anschließend nach diesem Tagesordnungspunkt dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt.

1104 19 Beschluss: 14 : 5

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Maßnahmenkatalog (u. a. Vorbereitung eines Architektenwettbewerbs, Träger- und Organisationskonzept ausarbeiten) unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte vorzubereiten:

Erdgeschoss

Tagespflege mit Freigelände/ Garten (tägliche tagesstrukturierende Betreuung)

Besprechungszimmer für Beratungen

Evtl. Seniorencafé und/oder ein Raum für Beratung und niederschwellige Angebote im Seniorenbereich

1. Etage und 2. Etage

Insgesamt ca. 15 (planungsbedingt) 1 ½ bis 2-Zimmer-Wohnungen (ca. 45 m² bis 55 m²) wie oben beschrieben, mit jeweils kleinem Kochbereich, Sanitärbereich mit Dusche;

Gemeinsamer Aufenthaltsbereich/raum (Teeküche) in der 1. Etage

Büroräume (für Abteilungsleitung und die Mitarbeiterinnen der Seniorenberatung) und evtl. einen Raum für Senioren- und Behindertenbeauftragten jeweils in der 1. Etage

Dachgeschoss

Appartements für MitarbeiterInnen, z. B. für Kita-Einrichtungen, Mitarbeiter der Altenpflege (Unterföhring und Ismaning) oder Gemeindebeschäftigte.

Evtl. einen Raum für Senioren- und Behindertenbeauftragten und Büros der Abt. Senioren.

Raum für den zukünftigen Seniorenbeirat
Hausmeisterwohnung

Der Gemeinderatsbeschluss vom 13.09.2012, Nr. 831, ist in diesen Punkten aufzuheben.

Der Maßnahmenkatalog ist dem Gemeinderat vorzulegen.

Behandlung des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 10 „Seniorenkonzept für Unterföhring“

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass über die Behandlung dieses Ergänzungsantrages vom Gremium zu beschließen ist und lässt darüber abstimmen:

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1105 19 Beschluss: 19 : 0

Der Ergänzungsantrag vom 15.01.2014 der SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 10 „Seniorenkonzept für Unterföhring“ ist in der heutigen Sitzung zu behandeln.

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 10 „Seniorenkonzept für Unterföhring“

Der Ergänzungsantrag vom 15.01.2014 der SPD-Fraktion wurde den Gemeinderatsmitgliedern in der heutigen Sitzung vorgelegt und verlesen.

1106 19 Beschluss: 18 : 1

Zur Findung eines Trägers für die Tagesbetreuung ist parallel zum Architektenwettbewerb ein Interessensbekundungsverfahren einzuleiten.

Az.: 610/04
0; 0.1; 0.3; 0.4; 2;3

Nachdem dieser öffentliche Tagesordnungspunkt „Top 10“ um 22.10 Uhr mit der vorhergehenden Beschlussfassung behandelt wurde, erinnert der Vorsitzende an die Geschäftsordnung des Gemeinderates 2008-2014, dass nach 22.00 Uhr kein öffentlicher Tagesordnungspunkt mehr aufgerufen wird. Der Vorsitzende weist klar darauf hin und stellt die Frage an das Gremium, ob die nachfolgenden beiden Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzung noch behandelt werden sollen und lässt darüber wie folgt abstimmen:

1107 17 Beschluss: 16 : 1

Die beiden nachfolgenden öffentlichen Tagesordnungspunkte sind noch zu behandeln.

Nachdem diese Abstimmung eine Mehrheit gefunden hat, werden die Tagesordnungspunkte 11 und 12 der öffentlichen Sitzung behandelt. Der Tagesordnungspunkt 13 „Bekanntgaben und Anfragen“ wird unter Beachtung der GO auf die nächste Tagesordnung des Gemeinderates gesetzt.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag des TSV Unterföhring auf Anpassung der Benutzungsgebühren im Sportzentrum an der Jahnstraße für die Turnabteilung

Mit Schreiben vom 02.01.2014 beantragte der TSV Unterföhring die Anpassung der Gebühren für die Nutzung des Sportzentrums an der Jahnstraße.

Der Antrag wurde den Mitgliedern des Gemeinderates mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Auf den Beschluss des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1027, sowie die ergänzenden Bekanntmachung in der Sitzung vom 14.11.2013 bezüglich der Anpassung der Benutzungsgebühren im Sportzentrum an der Jahnstraße wird hingewiesen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Vorschlag des TSV Unterföhring keineswegs mit der Verwaltung vorabgestimmt, sondern lediglich vorbesprochen wurde.

Während der Diskussion brachte Frau Schödl von der SPD Fraktion den Antrag ein, erst bei Veranstaltungen des Turnverbandes ab Ebene Bayern Gebühren zu erheben und die Ebene darunter (bis Ebene Oberbayern) bis auf Weiteres keine Gebühren zu erheben.

1108 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Antrag des TSV Unterföhring vom 02.01.2014 auf Anpassung der Benutzungsgebühren im Sportzentrum an der Jahnstraße für die Turnabteilung wird bis auf weiteres wie folgt zugestimmt:

Veranstaltungen bis einschließlich Ebene Oberbayern	keine Gebühren
Veranstaltungen ab Ebene Bayern	500,00 € pro Tag
Sonstige Veranstaltungen von Vereinen außerhalb von Unterföhring	1.000,00 € pro Tag

Im Übrigen bleiben die Benutzungsgebühren gemäß dem Beschluss des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1027, unverändert aufrecht erhalten.

Az.: 6100/6102
3.1; 0.1; 2

Antrag der MUC Campus VII und MUC Campus VIII GmbH auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49/87 für Teilflächen im Gewerbegebiet an der Feringastrasse

Mit Schreiben vom 09.12.2013 beantragte die MUC Campus VII und MUC Campus VIII GmbH die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49/87 für Teilflächen im Gewerbegebiet an der Feringastrasse.

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Antrag der MUC Campus VII und MUC Campus VIII vom 09.12.2013 samt Anlagen wurde den Mitgliedern des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses zugestellt.

Durch den Antragsteller wird die Änderung des Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zur Umnutzung von zwei Bestandsgebäuden des sog. Oktavian-Geländes von einer Büro- und Verwaltungsnutzung in eine Nutzung für Studentenwohnungen und Business-Wohnungen beantragt.

Für die Grundstücke Fl.Nrn. 1189/40 und 1189/109, an der Münchner Straße 12 und 14, welche im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet ausgewiesen sind, besteht der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 49/87 Bebauungsplanänderung Feringastrasse.

Das Grundstück Fl.Nr. 1189/40, Münchner Straße 12, weist eine Grundstücksfläche 5.761 m² und eine GFZ von 1,54 auf. Das Grundstück Fl.Nr. 1189/109, Münchner Straße 14, weist eine Grundstücksfläche 5.988 m² und eine GFZ von 1,59 auf.

Auf die verkehrliche Situation an der Münchner Straße wird hingewiesen.

Das Schreiben vom 15.01.2014 des Antragstellers, in dem eine Reduzierung der Anzahl der studentischen Wohnungen auf ca. 250 (vormals ca. 460 App.) vorgestellt wird, wird bekannt gegeben und wurde den Mitgliedern des Gemeinderats als Tischvorlage zur Kenntnis gebracht.

Aus der Mitte des Gremiums stellt Herr Gemeinderat Ebert den Antrag, auf Nichtbehandlung in der heutigen Sitzung, da neue wesentliche Gesichtspunkte mit dem Schreiben vom 15.01.2014 des Antragstellers vorgelegt wurden.

Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag auf Nichtbehandlung dieses Tagesordnungspunktes abstimmen.

1109 19 Beschluss: 17 : 2

Dem Antrag von Herrn Gemeinderat Ebert auf Nichtbehandlung des Antrages der MUC Campus VII GmbH vom 09.12.2013 und 15.01.2014 zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes 49/87 Gewerbegebiet Feringastrasse sowie des Flächennutzungsplanes für studentische Wohnnutzung wird zugestimmt.

Nachdem dieser Antrag eine Mehrheit gefunden hat, wird dieser Tagesordnungspunkt nicht behandelt.

Az.:
3.1

70. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende schließt nach der Abstimmung die öffentliche Sitzung um 22.21 Uhr und teilt mit, dass die Bekanntgaben und Anfragen in der nächsten Gemeinderatssitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Lothar Kapfenberger
Schriftführer